

Druck auf Arafat erhöht

Cheney bei Sharon – Waffenruhe soll umgesetzt werden

JERUSALEM: Die USA wollen ihren Druck auf Palästinenserpräsident Jassir Arafat zur Einigung auf einen Waffenstillstand mit Israel verstärken. Bei einem Einlenken stellte US-Vizepräsident Richard Cheney ein baldiges Treffen in Aussicht.

In diesem Falle könne Arafat auch zum Gipfeltreffen der Arabischen Liga kommende Woche nach Beirut reisen, sagte der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon auf einer gemeinsamen Medienkonferenz mit Cheney in Jerusalem. Dies sei vom israelischen Kabinett bereits beschlossen worden.

Scharon droht

Scharon drohte allerdings, Israel könnte Arafat die Rückkehr in die Palästinenser-Gebiete verweigern, wenn sein Verhalten auf dem Gipfel auf eine Aufwiegelung hinauslaufe. Sollte es während Arafats Abwesenheit gegen Israel gerichtete Anschläge geben, könne seine Regierung «keine Möglichkeit» ausschließen.

Scharons Drohung, Arafat bei einer Reise zum Gipfel nach Beirut unter Umständen die Rückreise zu verweigern, bezeichnete Arafat-Berater Nabil Abu Rdainah als «Aufwiegelung und nicht hilfreich für die amerikanischen Friedensbemühungen».

Mögliches Treffen begrüsst

Die palästinensische Führung begrüsst am Dienstag die US-



Israels Ministerpräsident Ariel Scharon (links) und US-Aussenminister Dick Cheney informierten über ihre Absichten in der US-Nahostpolitik.

Bemühungen. Die Bereitschaft Cheneys zu einem Treffen mit Arafat bezeichnete Rdainah als «Schritt in die richtige Richtung». Dies sei der Beginn einer Neuausrichtung der Nahost-Politik Washingtons.

Cheney hatte die Palästinenser verärgert, weil er bei seinem Kurzbesuch in der Region nur mit Scharon Gespräche führte, nicht aber mit Arafat.

Auch US-Präsident George W. Bush hat Arafat bislang noch nicht empfangen, während Scharon bereits mehrfach bei ihm war.

Zum Abschluss seines Besuchs sagte nun Cheney, dass ein Treffen mit Arafat bereits «ab kommender Woche» stattfinden könnte. Voraussetzung sei aber ein Waffenstillstand und danach die Umsetzung des Planes von George

Tenet, dem Chef des US-Geheimdienstes CIA.

Der Plan sieht nach Beginn der Waffenruhe einen Rückzug der israelischen Armee auf Positionen vor Beginn des Palästinenser-Aufstandes im September 2000 vor. Die Palästinenser sollen im Gegenzug gegen Extremisten vorgehen und illegal gehaltene Waffen einziehen.

Noch kein US-Angriff auf Irak

ANKARA: Die USA planen nach Worten des türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit in naher Zukunft keine Militäraktion gegen Irak. Ecevit sagte am Dienstagabend nach einem Gespräch mit US-Vizepräsident Dick Cheney: «Es gibt keine Frage irgendeiner Militäraktion gegen Irak in vorhersehbarer Zukunft». Cheney wollte bei seinem Besuch in der Türkei den NATO-Partner für einen eventuellen Feldzug gegen Irak als Verbündeten gewinnen. Allerdings hat die Führung des muslimischen Landes sich wiederholt gegen einen Angriff auf den Nachbarn im Süden ausgesprochen.

Bin Laden angeblich sicher

BAGRAM: Der gesuchte mutmassliche Terroristenführer Osama bin Laden ist nach Aussagen eines Halbbruders noch am Leben. Der US-Sender CNN berichtete am Dienstag, der Halbbruder, Scheich Ahmad, habe erzählt, ihre Mutter habe vor drei Wochen einen Anruf erhalten, in dem gesagt wurde, dass es Bin Laden gut gehe. Wer der Anrufer war, wollte Scheich Ahmad nicht sagen. In dem Interview mit CNN erklärte er weiter, Bin Laden sei entgegen anders lautender Berichte nicht nierenkrank. Er habe seinen Halbbruder mit seiner Mutter zuletzt im Januar 2001 in Afghanistan gesehen. Tim Metz, Medienberater der Familie Bin Laden, bestätigte in New York, dass Scheich Ahmad «ein Halbbruder Osamas durch die zweite Heirat seiner Mutter, aber kein Bin Laden ist».

Simbabwe ausgeschlossen

Commonwealth zieht Konsequenz aus Wahlen

HARARE: Das Commonwealth hat Simbabwe wegen der umstrittenen Präsidentenwahl für ein Jahr ausgeschlossen. Die Staatenorganisation reagierte am Dienstag damit auf einen Bericht ihrer Wahlbeobachter. Laut dem Bericht können die Wahlen vom 9. bis 11. März nicht als frei und fair bezeichnet werden. Die Regierung von Präsident Robert Mugabe habe für ein «Klima der Angst» gesorgt.

«Simbabwe hat keinen Zugang mehr zu den Räten des Commonwealth», sagte der australische Premierminister John Howard in London. Die simbabwische Mitgliedschaft werde mit sofortiger Wirkung ausgesetzt. In einem

Jahr werde der Beschluss überprüft. Der britische Premier Tony Blair begrüsst den Entscheid.

Howard war zusammen mit dem südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki und dem nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo vom Commonwealth beauftragt worden, den Ablauf der Wahlen zu bewerten und eventuell Konsequenzen zu beschliessen. Der Entscheid der Troika zur Suspendierung Simbabwes kam überraschend. Erwartet worden war, dass Mbeki und Obasanjo dies verhindern würden. Das hätte aber möglicherweise eine existenzielle Krise für das Commonwealth bedeutet.

Berlin: Einigung auf drastischen Sparplan

BERLIN: In der hoch verschuldeten deutschen Hauptstadt Berlin hat sich die rot-rote Regionalregierung auf einen drastischen Sparplan für dieses und das kommende Jahr geeinigt. Die Einsparungen sind allerdings kleiner als geplant.

Die am Dienstag vorgestellten Beschlüsse des Senats sehen Einsparungen von insgesamt 580 Millionen Euro für dieses und das nächste Jahr vor. In jedem Ressort werde es erhebliche Reduzierungen geben, kündigte der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit an.

Die Personalkosten sollen bis Ende 2003 um 250 Millionen Euro (rund 365 Mio. Franken) gesenkt werden. Dazu will die Regierung einen «Beschäftigungs-Pakt» mit den Gewerkschaften aushandeln. Diese haben gegen mögliche Lohnkürzungen bereits Widerstand angekündigt.

Der Gesamt-Etat soll von 22,5 Milliarden Euro (rund 32,9 Mrd. Franken) im letzten Jahr auf 22,1 (32,3 Mrd. Franken) in diesem Jahr sinken. Dennoch verfehlt der Senat sein anvisiertes Sparziel. Berlin hat derzeit etwa 39 Mrd. Euro (57 Mrd. Franken) Schulden. Bis Ende 2006 steigt der Schuldenberg der Stadt auf etwa 56 Mrd. Euro (rund 82 Mrd. Franken). Während der deutschen Teilung war Berlin massiv subventioniert worden. Nach der Wiedervereinigung wurden die Zuschüsse gestrichen. Zudem sind viele Einrichtungen in der einst geteilten Stadt doppelt vorhanden.

Minister-Berater erschossen

ROM: Marco Biagi, ein Berater des italienischen Arbeitsministers Roberto Maroni, ist am Dienstag in Bologna erschossen worden, wie ein Beamter des Wirtschaftsministeriums mitteilte. Ein politischer Hintergrund der Tat wurde nicht ausgeschlossen. Die Polizei wollte zu den Angaben zunächst keine Stellung nehmen. Bislang bekannte sich niemand zu der Tat. Biagi war einer der Mitautoren für ein umstrittenes Gesetzesvorhaben der Regierung zur Erleichterung von Kündigungen, das von linksgerichteten Parteien scharf kritisiert worden ist.

Wahlkampf ton verschärft

Frankreich: Chirac-Lager übt Kritik an Jospin



Staatspräsident Jacques Chirac gibt sich auf seinen Wahlkampfreisen volksnah.

PARIS: Gut einen Monat vor der Präsidentschaftswahl in Frankreich hat sich der Ton zwischen Amtsinhaber Jacques Chirac und seinem wichtigsten Herausforderer Lionel Jospin verschärft. Chirac kritisierte das Wahlprogramm Jospins als «etwas passive Vision».

Der Sozialist werde dafür keine Mehrheit zusammenbekommen, sagte Chirac am Dienstag im Radiosender Europe 1. Das Programm seines jetzigen Regierungschefs Jospin sehe einige Schritte zur Umverteilung vor, «aber wenige Massnahmen, um die Wirt-

schaft zu ermutigen und dynamischer zu machen», sagte Chirac.

Der Spitzenvertreter des konservativen Lagers hielt Jospin vor, die Linke sei gespalten. Die rechte Opposition sei dagegen geeint. Sein eigenes Wahlprogramm und das von Jospin hätten zudem «nichts miteinander zu tun», betonte Chirac.

Jospins Kampagnen-Sprecher richteten im Gegenzug harte Vorwürfe an die Adresse Chiracs. Ex-Finanzminister Dominique Strauss-Kahn rechnete vor, das Programm des Neogaullisten sei nicht finanzierbar.

USA zahlt nicht mehr Entwicklungshilfe

Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Mexiko

MONTERREY: Die USA haben am ersten Tag der UNO-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung die Forderung zurückgewiesen, ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anzuheben.

Das Konzept, feste Beträge für die Entwicklungshilfe festzulegen, sei bisher nicht erfolgreich gewesen und könne auch gar keinen Erfolg haben, sagte der Unterstaatssekretär im US-Wirtschaftsministerium, Alan Larson, in der mexikanischen Stadt Monterrey. Mehr als um feste Zahlen gehe es darum, konkrete Entwicklungsziele festzulegen, sagte Larson.

In Monterrey beraten seit Montag Vertreter der Mitgliedsländer der Vereinten Nationen darüber, wie die Armut in der Dritten Welt wirkungsvoller bekämpft werden kann. Im so genannten «Konsens von Monterrey», dem bereits sieben Wochen vor Konferenzbeginn fertig gestellten Abschlussdokument, wird die alte UNO-Forderung an die Industrieländer wiederholt, wenigstens 0,7 Prozent ihres BIP für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben.

Die Entwicklungshilfe der USA erreicht nur zwischen 0,1 und 0,2 Prozent ihres BIP von rund acht Billionen

Dollar. Die Europäische Union (EU) hatte in der vorigen Woche beschlossen, bis 2006 den europäischen Durchschnitt auf 0,39 und den Mindestbeitrag jedes einzelnen Landes auf 0,33 Prozent des BIP anzuheben.

Die Schweiz leistet jährlich für rund 1,5 Mrd. Franken öffentliche Entwicklungshilfe. Dies entspricht 0,34 Prozent des Bruttosozialproduktes oder

drei Prozent der Bundesausgaben. Der Bundesrat hat kürzlich erklärt, dass die Hilfe bis 2010 auf 0,4 Prozent steigen soll.

Verschiedene Demonstrationen mit rund 10 000 Teilnehmenden verliefen am Eröffnungstag friedlich. Die Proteste richteten sich gegen die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank.



Zum Auftakt der UN-Entwicklungskonferenz wiesen friedliche Demonstranten in Monterrey auf weltweite Missstände hin.